

1. Wie kann aus Ihrer Sicht die Entgeltlücke zwischen Mann und Frau überwunden werden? Wie stehen Sie persönlich dazu und wie steht Ihre Partei dazu?

Noch immer erhalten Frauen im Durchschnitt 21 Prozent weniger Geld als Männer für gleichwertige Arbeit. Das macht mich wütend. Wer 100% leistet, darf nicht 21% weniger verdienen! Die SPD will gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Wir haben in einem ersten Schritt mit einem Transparenzgesetz dieser Lohnungerechtigkeit den Kampf angesagt. In einem zweiten Schritt werden wir das Transparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht weiterentwickeln. Hier sind auch die Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben einzubeziehen, denn hier sind die meisten Frauen beschäftigt.

2. Was ist aus Ihrer Sicht noch alles zu tun, um die Gleichstellung am Arbeitsmarkt zu fördern und was unternimmt ihrer Partei aktuell um die Gleichstellung am Arbeitsmarkt zu fördern?

und 4. Was muss aus Ihrer Sicht noch alles getan werden, um geschlechtergerechte Gestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiter voranzutreiben? Was diskutiert Ihre Partei zu diesem Thema?

Wir wollen Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt beenden. Deshalb wollen wir existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung. Geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen, den Missbrauch bekämpfen und Beschäftigten den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen.

Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeit beschäftigt. Dies trägt natürlich auch zu einem geringeren Verdienst von Frauen bei, aber es führt auch noch zu Benachteiligungen für die Rente. Frauen haben zurzeit eine Rentenlücke von circa 53 Prozent. Das können wir nicht hinnehmen. Hier wollen wir z.B. das Teilzeit- und Befristungsgesetz reformieren (Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit).

3. „Frauen in Führungspositionen“ ist in vielen Unternehmen und Organisationen ein Thema. Wie stehen Sie persönlich und Ihre Partei zu diesem Thema?

Mit der Frauenquote für Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst haben wir einen Kulturwandel in der Arbeitswelt eingeleitet. Führungsgremien sollen jeweils zu 50 Prozent mit Frauen und Männern besetzt sein. Das ist unser Ziel. Dafür benötigen wir eine Gesamtstrategie Frauen in Führungspositionen – und zwar für alle Bereiche: Wirtschaft und Verwaltung, Medien, Kultur und Wissenschaft.

Dem öffentlichen Dienst kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu. Wir werden daher die Frauenquote weiter steigern und ihren Geltungsbereich auf alle Unternehmen, auf Körperschaften des öffentlichen Rechts wie die Sozialversicherungen und auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte ausdehnen.

Darüber hinaus wollen wir mit einem Gleichstellungsgesetz die Berufs- und Aufstiegschancen von Frauen in der Privatwirtschaft verbessern. Das ist auch im Interesse der Unternehmen, die auf Kompetenz und Vielfalt in den Führungsebenen angewiesen sind. Die Übernahme von Führungsaufgaben auch in Teilzeit muss selbstverständlicher werden

Übrigens: Innerhalb der SPD gilt bereits seit 1988 eine Geschlechterquote. Diese gilt für Funktionen und Mandate der Partei und beträgt mindestens 40% für jedes Geschlecht.

- 5. Nach wie vor sind es überwiegend die Frauen, die sich um die Kinder kümmern und dafür oftmals ihre Karriere vernachlässigen, während nicht einmal jeder dritte Vater überhaupt Elternzeit beantragt. Was muss in Politik und Gesellschaft geschehen, damit Beruf und Familie besser, sprich gerechter und gleichmäßiger, zwischen Müttern und Vätern aufgeteilt werden? Wie stehen Sie zu diesem Thema und was ist Ihre Forderung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerechter zu verteilen?**

Viele Eltern wünschen sich, ihre Arbeit und die Kindererziehung partnerschaftlich aufteilen zu können. Bislang heißt das allerdings oft, finanzielle und berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Die SPD hat in dieser Legislaturperiode Maßnahmen für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik auf den Weg gebracht. So haben wir u.a. das Entgelttransparenzgesetz und die Geschlechterquote für Führungspositionen umgesetzt. Wir haben außerdem das ElterngeldPlus (mit Partnerschaftsbonus) eingeführt, das es Eltern kleiner Kinder leichter macht, Elternzeit und Teilzeitarbeit miteinander zu verbinden. Und wir wollen den beschrittenen Weg weitergehen: mit der Einführung der Familienarbeitszeit. Danach sollen Eltern ein Familiengeld in Höhe von 300 Euro erhalten, wenn beide vollzeitnah (26 bis 36 Stunden) arbeiten und sich partnerschaftlich um das Kind kümmern wollen. Das Familiengeld wird bis zu 24 Monate gezahlt. Gerade Familien mit kleinen Einkommen sollen sich eine gerechte Aufteilung von Familie und Beruf leisten können. Natürlich werden auch Allein- oder Getrennterziehende das Familiengeld erhalten. Ebenso werden diejenigen das Familiengeld erhalten, die aufgrund der Pflege von Angehörigen ihre Arbeitszeit entsprechend reduzieren möchten.

- 6. Ein gesetzliches Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit wäre ein Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und würde die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau verbessern. Wie stehen Sie persönlich zu diesem Rückkehrrecht? Wie sehen Sie aus Ihrer Sicht die Chancen, auf einen politischen Erfolg Ihrer Partei ein gesetzliches Rückkehrrecht durchzusetzen?**

Den von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles vorgelegten Gesetzentwurf eines Rückkehrrechts auf vorherige Arbeitszeit, der durch die Blockade der CDU/CSU leider nicht ins parlamentarische Verfahren gekommen ist, werden wir in der nächsten Legislaturperiode wiederaufnehmen. Dieses Recht, nach befristeter Teilzeit wieder auf die vorherige Arbeitszeit zurückzukehren, hilft nicht nur Frauen aus der sogenannten Teilzeitfalle. Es hilft auch Männern, die sich für eine befristete Zeit verstärkt um Familienaufgaben kümmern und daher

ihre Arbeitszeit etwas zurückfahren wollen – und nicht länger berufliche Nachteile befürchten müssen.

**7. Arbeitszeit – sicher, gerecht, selbstbestimmt. Arbeitszeit, die zum Leben passt.
Wie stehen Sie persönlich dazu?**

Beschäftigte sollen mehr Wahlmöglichkeiten bei ihrer Arbeitszeit und für ihren Arbeitsort erhalten, sofern betriebliche Belange dem nicht entgegenstehen. Wir wollen daher, in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen, ein Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen, in dem Rechtsansprüche der Beschäftigten, finanzielle Unterstützung in bestimmten Lebensphasen und Anreize für die Aushandlung betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind.

8. Gute Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit. Die Chancen auf gute Bildung sind aber ungerecht verteilt. Sie hängt noch immer stark von der eigenen Herkunft ab – 84 Prozent der Kinder von Eltern mit Abitur gehen selbst aufs Gymnasien. Aber nur 31 Prozent der Kinder, bei denen kein Elternteil über die Hochschulreife verfügt. Im Beruf selbst das gleiche Bild. Nur 20 Prozent der Beschäftigten mit einfachen Tätigkeiten nehmen an betrieblicher Weiterbildung teil. 93 Prozent der Beschäftigten fordern laut der IG metall-Befragung 2017 eine Bildungspolitik, die Bildungserfolge unabhängig von der sozialen Herkunft ermöglicht und das Recht auf betriebliche Fortbildung. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Ziel der SPD-Bildungspolitik sind gleiche Chancen für alle. Damit nicht wie so oft der Geldbeutel der Eltern entscheidet, müssen wir die Bildung gebührenfrei machen. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meister-/Technikerprüfung. Und wir werden mit einer Bildungsallianz von Bund und Ländern 12 Mrd. Euro vom Bund in unsere Schulen investieren, um bessere Bildungschancen zu schaffen. Wir wollen damit u.a. eine Million neuer Ganztagsplätze an Grundschulen schaffen, damit Eltern nach der Kita nicht länger in ein Betreuungsloch fallen. Für die Bildungsallianz muss das Kooperationsverbot im Grundgesetz endlich fallen.

Weiterbildung und betriebliche Qualifizierung sind in der digitalen Arbeitswelt entscheidend. Deshalb brauchen Betriebsräte hier ein generelles Initiativrecht auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Die SPD will durch eine Reihe von Maßnahmen die berufliche Aus- und Fortbildung, insbesondere im Handwerk fördern. So wollen wir zum Beispiel die Ausstattung der Berufsschulen investieren, ein Recht auf Weiterbildung einführen und Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen.

Des Weiteren braucht wer arbeitslos wird mehr Unterstützung. Wir werden ein Recht auf Weiterbildung einführen und die Zeiten der Weiterbildung finanziell absichern. Dazu werden wir ein neues Arbeitslosengeld Q einführen, das nicht auf den sonstigen Arbeitslosengeldanspruch angerechnet wird. Perspektivisch werden wir für alle

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusätzlich ein persönliches Chancenkonto einführen. Das Chancenkonto ist mit einem staatlichen Startguthaben ausgestattet und kann für die Finanzierung von Weiterbildung und Qualifizierung eingesetzt werden.

9. Viele Menschen fürchten die Abwärtsspirale am Arbeitsmarkt. 2016 gab es mit über einer Million so viele unsichere Leiharbeits-Jobs wie noch nie. Die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse ist nach 3 Monaten aber schon wieder beendet – 29 Prozent sogar schon nach einem Monat. Viele quälen sich durch unbegründete Dauer- und Kettenbefristungen. Eine Lebens- und Familienplanung ist damit nicht möglich. Wie stehen Sie zur Abschaffung sachgrundloser Befristungen, Minijobs und prekärer Soloselbstständigkeit?

Wir wollen existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung ermöglichen. Das Normalarbeitsverhältnis, unbefristet, sozial abgesichert und tariflich bezahlt, muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder zum Normalfall werden. Deshalb werden wir die sachgrundlose Befristung abschaffen, um insbesondere jungen Menschen Perspektiven und mehr Planbarkeit für ihr berufliches und privates Leben zu ermöglichen. Die Sachgründe für Befristungen werden wir einschränken und die Möglichkeit von Kettenbefristungen begrenzen. Die arbeitnehmerfeindliche und immer weiter ausufernde Verbreitung von "Arbeiten auf Abruf" werden wir eindämmen. Auch geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen, den Missbrauch bekämpfen und Beschäftigten den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Werkvertragsnehmerinnen und -nehmer brauchen besseren Schutz. Mit der Einführung einer Höchstüberlassungsdauer und dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ haben wir bereits viel erreicht. Diesen Weg werden wir weitergehen. Unser Ziel ist, dass Leiharbeit vom ersten Tag an genauso vergütet wird, wie in der Stammbesellschaft. Davon darf nur durch repräsentative Tarifverträge abgewichen werden. Die Koppelung eines Leiharbeitsverhältnisses an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) soll unzulässig sein. Den Missbrauch von Werkverträgen werden wir bekämpfen. Wir werden Selbstständige, die nicht in einem Versorgungswerk abgesichert sind, in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung einbeziehen. Den Zugang zur Arbeitslosenversicherung und zur gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige werden wir erleichtern.

10. Mehr als zwei Millionen Pflegebedürftige werden zu Hause von ihren Angehörigen versorgt. Aber nur 39.000 Menschen nehmen mit der Pflegezeit oder Familienpflegezeit eine Freistellung oder befristete Teilzeit in Anspruch. Das Problem: Die Menschen wollen keine Schulden für die Pflege machen müssen. Über 84 Prozent der Beschäftigten fordern laut der aktuellen Beschäftigtenbefragung der IG Metall einen steuerfinanzierten Entgeltausgleich für Kindererziehung, Pflege oder Weiterbildung. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Wir wollen eine lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung fördern, die sowohl den Zeitbedarfen einer modernen Arbeitswelt als auch den individuellen und gesellschaftlichen Erfordernissen nach Zeit für Erziehung und Pflege, für Qualifizierung und Weiterbildung oder für Regeneration und gesellschaftliches Engagement gerecht wird. Wir wollen daher, in

enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen, ein Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen, in dem Rechtsansprüche der Beschäftigten, finanzielle Unterstützung in bestimmten Lebensphasen und Anreize für die Aushandlung betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind. Flankierend müssen Arbeitszeitreduzierungen oder „Auszeiten“ für gesellschaftlich erwünschte Aktivitäten, wie Erziehung, Pflege oder Weiterbildung, finanziell abgesichert werden. Andernfalls werden Wahlarbeitszeiten zu einem Privileg bestimmter Einkommensgruppen. Junge Eltern wollen wir mit der Einführung der Familienarbeitszeit und des Familiengeldes noch besser als bisher unterstützen. Wenn beide Elternteile ihre Arbeitszeit vollzeitnah reduzieren, erhalten sie für bis zu 24 Monate das Familiengeld von je 150 Euro - oder als Alleinerziehende 300 Euro. Wir werden die Gewerkschaften dabei unterstützen, diese Regelung tarifvertraglich zu begleiten. Um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern, haben wir den Lohnersatz für bis zu 10 Tage im Jahr und den Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit eingeführt. Künftig sollen Angehörige mit Lohnersatz bis zu drei Monate vollständig aus dem Job aussteigen und anschließend das Familiengeld für Pflege nutzen können – ebenfalls für bis zu zwei Personen und 24 Monate.

11. Beschäftigte müssen sich auf eine sichere und auskömmliche Rente verlassen können. Die Politik muss endlich wieder den Lebenswirklichkeiten der Menschen Rechnung tragen. Nur eine starke und verlässliche gesetzliche Rente und nicht die Verlagerung des Vorsorgerisikos auf den Einzelnen, kann die Lösung sein. Nicht einmal jeder Zweite kann sich vorstellen, bis zum jetzigen Renteneintrittsalter von 67 Jahren durchzuhalten. Dementsprechend drohen neben dem sinkenden Rentenniveau vielen Menschen hohe Abschläge bei der Rente. Der Aufruf zur privaten Renten-Absicherung ist ein Irrweg. 85 Prozent der Beschäftigten sagen laut IG-Metall-Befragung: Das Rentenniveau muss mittelfristig erhöht werden, auch wenn dadurch die Beiträge steigen. Unterstützen Sie das oder stimmen Sie ein, in den Chor der Rufe nach weiteren faktischen Rentenkürzungen durch ein immer höheres Renteneintrittsalter?

Eine Erhöhung des derzeitigen Renteneintrittsalters ist mit der SPD und mit nicht zu machen. Für die SPD gilt der Grundsatz, dass jahrzehntelange Arbeit auch ein angemessenes Leben im Alter ermöglichen muss. Das ist die Grundlage für das Vertrauen in die Alterssicherungspolitik. Die SPD wird das weitere Absinken des Niveaus der gesetzlichen Rente umgehend stoppen und mindestens auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent stabilisieren. Um Überlastungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu vermeiden, wird der paritätisch gezahlte Beitrag nicht über 22 Prozent steigen. Die Regelaltersgrenze wird mit der SPD nicht weiter erhöht werden, denn dies würde eine faktische Rentenkürzung für Millionen Menschen bedeuten.

12. Wir brauchen endlich wieder eine Steuerpolitik, die für einen solidarischen Ausgleich sorgt und den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt. Allerdings ist gerade in Deutschland die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung außerordentlich hoch. Die ärmere Hälfte der Haushalte verfügt über insgesamt nur über rund ein Prozent des Nettovermögens – während die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte mehr als die Hälfte des

gesamten Nettovermögens besitzen. Doch die Vermögenssteuer wird nicht erhoben. Und während der individuelle Lohnsteuersatz bis zu 42 Prozent beträgt, müssen Einkünfte aus Kapitalerträgen nur mit 25 Prozent versteuert werden. 77 Prozent der Beschäftigten fordern laut IG Metall mehr Verteilungsgerechtigkeit durch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, hoher Vermögen und großer Erbschaften. Auf welcher Seite stehen Sie?

Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit mittleren und kleinen Einkommen bei Steuern und Abgaben entlasten. Dabei legen wir einen Schwerpunkt auf Familien und Alleinerziehende. Außerdem entlasten wir die Bürger/innen bei den Beiträgen. Zentral ist hier für uns die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden dadurch um fünf Milliarden Euro pro Jahr entlastet.

Daneben schaffen wir den Solidaritätszuschlag für untere und mittlere Einkommen ab. Dies kommt vielen Bürgerinnen und Bürgern zugute. Weiterhin entwickeln wir ein Konzept, das geringe und mittlere Einkommen entlastet und zugleich sehr hohe Einkommen und Vermögen stärker belastet. Dazu wird eine Reform der Erbschaftsteuer gehören, die extrem hohe Erbschaften stärker besteuert als bisher.

Wir wollen Einkommen aus Arbeit und Kapital wieder gleich besteuern, indem wir die Abgeltungsteuer abschaffen.

Und wir werden sehr große Erbschaften höher besteuern. Mit einer umfassenderen Erbschaftsteuerreform mit weniger Ausnahmen stellen wir sicher, dass endlich mehr Gerechtigkeit bei der Besteuerung der Erbschaften realisiert wird.